

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 25 Pf. einschließlich
des „Aust. Unterhaltungsbl.“
u. der „Humor-Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, be-
sondere Bogen sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Inzertionspreis: die
kleinformatige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 30.

Sonnabend, den 9. März

1907.

Im Hinblick auf die bevorstehende Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Schule wird darauf hingewiesen, daß nach dem Besetze vom 1. November 1836, die Ehen unter Personen evangelischen und katholischen Glaubens usw. betr., die aus gemischten Ehen stammenden Kinder an sich in der Konfession des Vaters zu erziehen sind, daß es aber den Eltern gestattet ist, durch freies Uebereinkommen vor Gericht etwas anderes für diejenigen Kinder festzusetzen, die das 6. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Wollen also Eltern ihr Kind nicht in der Konfession des Vaters erziehen, so haben sie dies nicht erst bei seinem Eintritt in die Schule, sondern bereits vor Zurechtlegung des 6. Lebensjahres des Kindes in Form eines gerichtlichen Uebereinkommens zu bestimmen.

Königliche Bezirksschulinspektion Schwarzenberg,
am 2. März 1907.

Im Handelsregister des Königlichen Amtsgerichts Eibenstock ist heute auf Blatt 271 (Stadbezirk)
Firma: **Eibenstocker Bank Zweiganstalt des Chemnitzer Bankvereins in Eibenstock**
das Erlöschen der dem Kaufmann Hugo Lango in Falkenstein erteilten Procura eingetragen worden.

Eibenstock, am 4. März 1907.

Königliches Amtsgericht.

Der koloniale Nachtragsetat im Reichstag.

Der Nachtragsetat für Südwestafrika in Höhe von rund 29 Millionen Mark, dessen Ablehnung durch Zentrum und Sozialdemokratie am 13. Dezember v. J. die Auflösung des Reichstages zur Folge hatte, ist ohne vorherige Kommissionsberatung vom neuen Reichstage in erster Lesung mit großer Mehrheit angenommen worden.

Die Sitzung leitete Kolonialdirektor Dernburg mit einer längeren Rede ein, in der er die gesamte militärische und wirtschaftliche Lage in Südwestafrika schilderte und unter lebhaftem Beifall die Mitteilung machte, daß mit dem 31. März der Kriegszustand in Südwestafrika als beendet erklärt werden soll. Besondere Aufmerksamkeit erregten Excellenz Dernburgs Ausführungen über die wirtschaftliche Lage Südwestafrikas, vor allem über das gesteigerte Interesse, welches das deutsche Kapital für das Schutzgebiet zeige. Auf Grund dieser mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen kamen die späteren Redner aus dem Hause, mit Ausnahme des einer bläuen Vesperoffiziere huldigenden Abg. Ledebour, übereinstimmend zu dem Schluß, daß man sich zwar nicht übertriebenen Erwartungen über die Zukunft Südwestafrikas hingeben dürfe, daß aber sichere Anzeichen dafür vorliegen, daß die Kolonie sehr wohl prosperieren und auch für die Zwecke der Ansiedelung in größerem Maßstabe sich brauchbar erweisen kann, wenn das Reich die genügenden Mittel zu ihrer Erschließung aufwendet. Diese Mittel der Reichsregierung zu gewähren, den Bahnbau zu befördern, die Ansiedelung der Farmer durch Entschädigung für die erlittenen Verluste und andere Erleichterungen zu unterstützen, hält die große Mehrheit des neuen Reichstages für patriotische Pflicht.

Das war der Grundton aller Reden der Konservativen und der Reichsparteiler, der Nationalliberalen und der Freisinnigen, nur Zentrum und Sozialdemokraten wollten auch jetzt noch nichts von dieser patriotischen Pflicht wissen. Namens des Zentrums erklärte der Abgeordnete Fehrenbach, wie anerkannt werden muß, in maßvoller Weise, daß seine Partei auch jetzt die Gesamtforderung ablehne, aber bereit sei, ein Pauschquantum von 20 Millionen Mark zu bewilligen, wobei er übrigens nicht umhin konnte, der Anerkennung der bewundernswerten Haltung unserer Offiziere und Truppen Ausdruck zu geben. Der Sozialdemokrat Ledebour spielte mit seiner Brandrede gegen die ganze Kolonialpolitik die komische Figur und zog sich mit seinen maßlosen und allen Anstand beiseite setzenden Angriffen gegen den Kolonialdirektor zwei Ordnungsrufe zu. Von der Mehrzahl der Abgeordneten wird dieser fanatische Hezer und Verlästerer der deutschen Nation überhaupt nicht mehr ernst genommen, und als er mit der großen Geste des Heldenbarthelemy folgende köstliche Stilblüten vom Stapel ließ: „Ein Regierungskommissar hat geantwortet und sich in Schweigen gehüllt.“ „Ein Abgeordneter hat hier eine Rede gehalten,“ worauf ihm aus dem Hintergrunde zugerufen wurde: „Das kommt jeden Tag vor!“, „Ahnungslos ist der Herr Reichskanzler durch die Weltgeschichte geschritten“ u. a. mehr, da wurde er einfach ausgelacht.

Den Höhepunkt erreichte aber die allgemeine Heiterkeit, als der Kolonialdirektor, nachdem er die Halbierung der sozialdemokratischen Fraktion als gerechte Strafe für ihre prinzipielle Kolonialfeindschaft bezeichnet hatte, die Versuche Ledebours, die Schilderungen der Fruchtbarkeit Südwestafrikas ins Lächerliche zu ziehen, mit folgender köstlichen Reminiszenz erwiderte: „Es gebe ein Buch, in dem steht: „Die Dattelpalme gedeiht in Asien und Afrika in kaum glaublicher Fülle, sie brauche so wenig Platz, daß 300 Palmen einen Morgen Land bedecken.“ Das ist geschrieben von dem Obergenossen und sozialdemokratischen Parteipapst August Bebel in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus.“ Und Bebel mußte die ungemäßen Fragen der auf ihn zustürzenden „Genossen“, ob er denn das wirklich geschrieben habe, mit wehmütigem Nicken

des Kopfes bejahend beantworten. Mit dieser heiteren Wendung schloß die erste Beratung des ehemals so heiß umstrittenen Kolonial-Nachtragsetats. Die Sozialdemokratie aber hat eine erneute Niederlage zu verzeichnen.

Politischer Wochenbericht.

Nach achtstägigem heißen Redekampfe ist im Reichstage nunmehr endlich die erste Lesung des Etats zum Abschluß gelangt. Von einer Etatsberatung im eigentlichen Sinne des Wortes war kaum die Rede, da nur wenige Redner — und selbst diese äußerst flüchtig — sich mit einer Beleuchtung und Beurteilung der einzelnen Etatspositionen und Etatstitel abgaben. Vielmehr wurden die gesamten Debatten fast ausschließlich von Rückblicken auf den Wahlkampf beherrscht. Daß infolgedessen das Parteigegensatz einen sehr breiten Raum einnahm und die größten politischen Gesichtspunkte vielfach überwucherte, muß leider zugegeben werden. Es will uns scheinen, als sei demgegenüber die Mahnung durchaus angebracht, die der neugewählte Reichstagsabgeordnete für Breslau-Ost, Fürst Haysfeld-Trachenberg, mit den Worten aussprach: „Ich glaube nicht, daß das Volk ein großes Interesse daran hat, zu hören, wie hier im Reichstage die verschiedenen Parteien in stundenlangen Reden sich gegenseitig ihre Fehler während der Wahlzeit vorhalten. Das deutsche Volk will fruchtbringende, produktive Arbeit, und je mehr wir produktive Arbeit leisten, desto mehr wird das Ansehen des Reichstages wachsen, und desto mehr wird seine Autorität auch den verbündeten Regierungen gegenüber gestärkt werden.“ Das dürfte in der Tat den weitesten Kreisen unseres Volkes aus dem Herzen gesprochen sein.

In Oesterreich-Ungarn steht die bedeutungsvolle Frage des wirtschaftlichen Ausgleiches wieder auf der Tagesordnung. Leider sind die Aussichten für ein befriedigendes Zustandekommen desselben augenblicklich keine besonders günstigen. So hat sich jüngst der ungarische Handelsminister Kossuth in einer Weise ausgesprochen, die zweifelsohne den guten Willen zur Einigung vermissen läßt. Dazu kommt, daß man in Oesterreich nur einen langfristigen Ausgleich abschließen will, während auf ungarischer Seite die Ueberzeugung herrscht, daß der langfristige Ausgleich zu verwerfen und höchstens ein Abkommen für die Geltungsdauer der Handelsverträge, also bis 1917 abzuschließen sei. Bei so stark auseinander strebenden Wünschen und Forderungen hält es schwer, an einen positiven Erfolg der Ausgleichsverhandlungen zu glauben. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Großmachstellung Oesterreich-Ungarns aber wäre ein solcher Erfolg dringend zu wünschen; denn mit der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit würde unbedingt eine der Hauptstützen der österreichisch-ungarischen Gesamtmonarchie zusammenbrechen.

In Rußland hat die Eröffnung der neuen Duma stattgefunden. Von den bisher gewählten 493 Abgeordneten gehören allerdings nach vorläufiger Schätzung, die noch starke Korrekturen erfahren dürfte, 311 der oppositionellen Linken an. Die stärkste Fraktion der Linken bilden in der zweiten Duma wieder die sogenannten „Radetten“, die denn auch aus ihrer Mitte den Präsidenten gestellt haben. Ob sich das neue russische Parlament bei dieser Zusammensetzung arbeitsfähig erweisen oder von vornherein wieder einem unfruchtbaren radikalen Doktrinarismus anheimfallen wird, bleibt abzuwarten. Die bereits erfolgte Ankündigung so unerfüllbarer Forderungen, wie des allgemeinen Wahlrechtes und der Ministerverantwortlichkeit, verheißt nicht gerade viel Gutes. Jedenfalls aber ist heut die Position der Regierung bedeutend stärker als zur Zeit der Einberufung der ersten Duma; denn trotz aller Anstrengungen ist es den aufständischen Elementen nicht gelungen, die Armee zu revolutionieren. Die Möglichkeit eines Sieges der Revolution läge nur dann vor, wenn der Zar nicht fest bliebe und den um die Geschichte Rußlands hochverdienten

Grundsteuer betr.

An die unverzügliche Bezahlung des am 1. Februar d. J. fällig gewordenen 1. Grundsteuertermins wird hiermit nochmals erinnert.
Stadttrat Eibenstock, am 25. Februar 1907.
Hoffe. Bg.

Zweigabteilung der Königl. Kunstschule für Textilindustrie Blauen zu Eibenstock.

Anmeldungen zur Aufnahme in die Schule sind bis zum 6. April in der hiesigen **Natsregistratur** zu bewirken. Vorzulegen ist ein Nachweis über die Staatsangehörigkeit. Die Aufnahme erfolgt **Montag, den 8. April, vormittags 7 Uhr.** Unterricht wird erteilt im Zeichnen und Malen nach der Natur, Zeichnen und Malen von Ornamenten, Farbenlehre, gewerbliche Geschmacks- und Stillehre, Entwerfen von Mustern für die Textilindustrie, Deutsch und Rechnen (Geschäftskunde). Das Schulgeld beträgt für Staatsangehörige jährlich 15 Mk., für Ausländer 60 Mk. Die Schüler der Anstalt sind von der allgemeinen Fortbildungspflicht befreit.
Die **Direktion der Königl. Kunstschule für Textilindustrie.**

Ministerpräsidenten Stolypin dem Radikalismus opferte. Daran aber ist hoffentlich wohl nicht zu denken.

Als ein bezeichnendes und zugleich erfreuliches Ereignis darf der Ausfall der Londoner Grafschaftswahlen betrachtet werden. Seit dem Bestande des Grafschaftsrates haben daselbst die sogenannten Progressisten geherrscht, d. h. Leute, die sozialistischen Anschauungen huldigen und stark mit ausgesprochen sozialdemokratischen Elementen durchsetzt sind. Die diesmaligen Grafschaftswahlen haben nun einen vollständigen Umschwung der Verhältnisse herbeigeführt, indem sie mit einer vernichtenden Niederlage der Progressisten und einem glänzenden Siege der Konservativen endeten. Es ist dies die Lüttung der Wähler über die sozialistische Miswirtschaft in London, die sich bekanntlich überall dort einstellt, wo die Herren Genossen Macht und Gelegenheit haben, dem Publikum schon in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung einen Vorgeschmack des sozialistischen Zukunftsstaates zu liefern. Die deutsche Sozialdemokratie ist über dieses Londoner Wahlergebnis tief bekümmert, wie aus einem Berichte des „Vorwärts“ hervorgeht. Armer Bebel, es will auch wirklich nichts mehr gelingen!

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Aus Raumburg kommt die Kunde von dem Tod des Staatsministers Dr. v. Bötticher, ehemaligen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen. Er hat ein Alter von 74 Jahren erreicht. Auf Veranlassung Bismarcks wurde v. Bötticher im Jahre 1880 zum preussischen Staatsminister und Staatssekretär des Reichsamt des Innern ernannt. Als solcher hat er sich um die sozialen Reformen, namentlich das Zustandekommen der Alters- und Invaliditätsversicherung große Verdienste erworben.

— England. Das beinahe schon vertagte Projekt eines Tunnels unter dem Aermelkanal wird nun wieder aufgerollt. Die Aktionäre hielten in London unter dem Vorsitz des Barons Erlanger eine Versammlung ab, worin dieser erklärte, daß infolge des Einvernehmens Frankreichs und Englands das Projekt dem Parlamente unterbreitet werden könne. Er hoffe, daß man im Parlament den Plan vorurteillos prüfe. Es ist anzunehmen, daß die Katastrophe des Dampfers „Berlin“ die Notwendigkeit eines solchen Tunnels den Beteiligten besonders drastisch vor Augen geführt hat.

— Portugal. Lissabon, 7. März. Um 11 Uhr ging der Dampfer „Kap Ortegale“, an dessen Bord sich der König von Sachsen befand, gegenüber dem Handelsplatz Do Comercio vor Anker. Bei seiner Einfahrt wurde das Schiff durch Salven der Kriegsschiffe salutiert. Die Garnison von Lissabon, Marinetruppen und die Schüler der Militärschule bildeten Spalier vom Landungsplatz bis zum Rgl. Palais Necessidades, wo dem König Friedrich August die Gemächer zur Verfügung gestellt sind, welche sonst von König Carlos bewohnt werden. Um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr begab sich der König von Portugal, der große Admirals-Uniform mit sächsischen Orden trug, in Begleitung seiner beiden Söhne und seines Bruders mit Gefolge an Bord des „Kap Ortegale“, um den König von Sachsen an Land zu geleiten. Der deutsche Gesandte in Lissabon, Graf Lattenbach, das Personal der deutschen Gesandtschaft, der deutsche Generalkonsul Dähnhardt und das Personal des deutschen Konsulates hatten sich schon früher an Bord des Dampfers „Kap Ortegale“ begeben. Unter einem Zelte, das am Zugange des Handelsplatzes aufgeschlagen war, wurden dem König von Sachsen die Minister, mit Ausnahme des erkrankten Ministerpräsidenten, vorgestellt, und hier richtete auch der Vertreter der Stadtverwaltung eine Begrüßungsansprache an König Friedrich August. Unter den zahlreichen bei dem Empfang erschienenen Persönlichkeiten bemerkte man auch den Patriarchen von Lissabon, Kardinal Neto